

## **Aktuelles aus dem Parlament**

Nr. 5/2006

25. Mai 2006

---

**Reformen in der Wirtschafts-, der Finanz- und der Justizpolitik standen diese Woche im Nationalrat im Mittelpunkt der Debatten. Hier ein Überblick der wichtigsten Beschlüsse.**

### **Steuerliches Entlastungspaket für Kleinbetriebe**

Deutliche finanzielle Erleichterungen gibt es ab 2007 für Klein- und Kleinstbetriebe. Die so genannten Einnahmen-/Ausgabenrechner - etwa 300.000 gibt es in Österreich - werden steuerlich besser gestellt, indem sie drei Jahre lang Verluste gegenrechnen können. Weiters gibt es einen Freibetrag für Gewinne, die in das Unternehmen re-investiert werden. Die Grenze, ab der Umsatzsteuer verrechnet und entrichtet werden muss, wird von derzeit 22.000 auf 30.000 Euro erhöht. Damit werden Kleinbetriebe um insgesamt 230 Mio. Euro entlastet.

### **Ökostrom-Novelle sichert Ausbau der erneuerbaren Energieträger**

Mit dem neuen Ökostromgesetz geht Österreich den ökosozialen Weg in der Energiepolitik konsequent weiter. Zu den bisherigen Förderungen kommen bis 2011 jedes Jahr 17,1 Millionen Euro Fördermittel hinzu. Bis 2023 ergibt sich hochgerechnet ein Fördervolumen von zusätzlich einer Milliarde Euro. Der Schwerpunkt liegt auf der Nutzung von Biomasse und Biogas mit jeweils 30 % der Fördermittel. Weitere 30 % entfallen auf die Windkraft sowie 10 % auf Solarstrom und sonstige Technologien. Studien gehen davon aus, dass durch das neue Gesetz Investitionen von 3,5 Mrd. Euro getätigt werden und damit etwa 1.600 Arbeitsplätze geschaffen werden.

### **Mehr Geld für die Feuerwehren**

Mehr Geld für die Feuerwehren und das auf einer gesicherten bundesgesetzlichen Basis - das ist der Kern einer Änderung des Katastrophenfondsgesetzes. Der Bund garantiert für den Zeitraum von 2006 bis 2008 den Feuerwehren jährlich ein Mindestaufkommen von 90 Mio. Euro aus der Feuerschutzsteuer, um den Ankauf von Geräten und die Ausbildung besser planen zu können. Bisher ist das Ausmaß der Feuerschutzsteuer vom Aufkommen der Einkommen- und der Körperschaftssteuer abhängig gemacht worden, was in etwa ein Volumen von 50 bis 60 Mio. Euro bedeutet hätte.

### **Bund kann Kasernen Neusiedl/See und Oberwart endgültig verkaufen**

Einstimmig hat der Nationalrat die Bundesregierung ermächtigt, das Gelände der Berger-Kaserne in Neusiedl am See und der Sporck-Kaserne in Oberwart zu verkaufen. Die beiden Kasernen werden im Zuge der Bundesheerreform aufgelassen bzw. strukturell mit der Garnison Güssing vereinigt.

### **Grundlegende Änderungen bei Sachwalterschaften**

Nahe Angehörige eines pflegebedürftigen Menschen können bald bestimmte Vertretungsaufgaben übernehmen, die bisher einem Sachwalter vorbehalten sind. Dazu zählen etwa die Organisation von Pflegeleistungen oder der Kontakt mit Sozialversicherungsträgern. Der Betroffene kann - solange er noch die notwendige Einsichts- und Urteilsfähigkeit hat - eine Vorsorgevollmacht treffen, in der er eine Person seines Vertrauens als zukünftigen Vertreter in bestimmten Angelegenheiten bestellt. Im Gesetz sind dazu einige Vorsichtsmaßnahmen eingebaut, um Missbrauch zu verhindern. Die Zahl von Sachwalterschaften wird außerdem begrenzt. Für Einzelpersonen beträgt das Limit fünf, für

Rechtsanwälte und Notare 25. Außerdem ist festgelegt, dass ein Sachwalter mindestens einmal pro Monat persönlichen Kontakt mit dem Klienten halten muss.

### **Bundesbeschaffung: Regionale Wirtschaft wird stärker berücksichtigt**

Die bisherige Linie der ÖVP beim öffentlichen Einkauf von Gütern und Dienstleistungen wird nun auch im Gesetz verankert. Die Bundesstellen werden regionale Unternehmen beim Einkauf stärker berücksichtigen. Die Bundesbeschaffungs-Agentur (BBG), die die Einkäufe von bestimmten Warengruppen abwickelt, muss bei Ausschreibungen die geforderten Warenmengen deutlicher an die Struktur von Klein- und Mittelbetrieben anpassen. Auch Kleinstunternehmen mit bis zu neun Beschäftigten sollen mit vertretbarem Aufwand bei solchen Ausschreibungen mitbieten können. Auf regionaler Ebene müssen Gebäudereinigung, Informationstechnologie, Lebensmittel, Wäscherei, Betriebsverpflegung, Metall und Maschinen sowie Elektro- und Elektronikgeräte ausgeschrieben werden. Die Richtigkeit der Maßnahme zeigt sich auch darin, dass wir die SPÖ von unserer Position überzeugt haben und sie die Gesetzesnovellierung mitbeschlossen hat. Neu ist auch die Möglichkeit, dass sich Bundesländer, Städte und Gemeinden der BBG beim Einkauf bedienen können. Damit ist aber keinerlei Verpflichtung verbunden.

### **Kein freier Arbeitsmarktzugang für bulgarische und rumänische Arbeitskräfte**

Die Übergangsregelungen für Arbeitnehmer aus den neuen EU-Mitgliedsländern werden auf Bulgarien und Rumänien ausgedehnt. Für Arbeitskräfte aus Ungarn, Slowenien oder Tschechien hat Österreich bekanntlich eine siebenjährige Übergangsfrist erlassen, in der zur Vorbereitung des Arbeitsmarktes weiterhin Beschäftigungsbewilligungen notwendig sind. Sobald Bulgarien und Rumänien der EU beitreten, beginnt auch hier eine entsprechende Übergangsfrist.

### **Mehr Mittel für EU-Eigenfinanzierung und Entwicklungszusammenarbeit notwendig**

Ein wichtiges internationales Signal ist der einstimmige Beschluss aller vier Parteien zum Thema Devisentransaktionssteuer. Wir fordern damit die EU-Institutionen auf, eine gemeinsame EU-Richtlinie vorzulegen, in der eine solche Abgabe zur Eigenfinanzierung der Union und zur höheren Dotierung der Entwicklungszusammenarbeit festgelegt wird. Daneben geht es auch darum, Flug- und Schiffstreibstoff ebenfalls einer internationalen Besteuerung zu unterlegen. Aus solchen supranationalen Abgaben können supranationale Aufgaben entsprechend finanziert werden.

### **Verwaltungsvereinfachungen im Wasserrecht**

Beim Vollzug des Wasserrechts gibt es künftig eine Reihe von Vereinfachungen. So wird die wasserrechtliche Bewilligung von bestimmten Erdwärmepumpen und Tiefsonden künftig in einem Anzeigeverfahren erfolgen, die Kollaudierung kann in bestimmten Fällen entfallen. Die Entscheidung über die Bewilligung einer Wasserversorgungsanlage soll künftig möglichst gleichzeitig mit der Entscheidung über eine Schutzgebietsanordnung getroffen werden. Bei Wasseranlagen, die weder öffentliche Interessen noch andere Rechte berühren, kann die Behörde künftig auf eine bescheidmäßige Überprüfung der Ausführung verzichten.

### **Neuerungen im Wohnrecht**

Eine Reihe von Änderungen gibt es im Wohnrecht. Befristete Mietverhältnisse sollen künftig solche bleiben, auch wenn der Vermieter die Frist übersieht. Bei Dachbodenausbauten können freie Mietpreise vereinbart werden können, es gilt aber Kündigungsschutz. Außerdem sollen Vermieter verpflichtet werden, erhebliche Gefahren für die Gesundheit der Mieter im Inneren eines Mietobjektes (z.B. ungeerdete Elektroinstallationen) zu beseitigen.

### **Gebäude bekommen einen "Energieausweis"**

Beim Verkauf und bei der Vermietung eines Gebäudes muss dem potenziellen Käufer oder Mieter vom Eigentümer künftig ein "Energieausweis" vorgelegt werden. In ihm ist die Energieeffizienz des

Gebäudes beschrieben. In Kraft treten wird die Regelung spätestens am Jänner 2008, sofern nicht vorher alle Bundesländer in ihrem eigenen Bereich entsprechende Regelungen getroffen haben.

### **Kindergeld: Finanzielle Unterstützung bei Mehrlingsgeburten**

Eltern von Mehrlingen erhalten bisher ein erhöhtes Kinderbetreuungsgeld. Wird jedoch innerhalb des Bezugszeitraums ein weiteres Kind geboren, fällt der Mehrlingszuschlag weg, weil es das Kinderbetreuungsgeld nur für das jüngste Kind gibt. Um finanzielle Härten für die Eltern zu vermeiden, wird der ursprüngliche Zuschlag für die Mehrlingskinder künftig nun weiter ausbezahlt.

### **Maßnahmen gegen Steuer- und Zollbetrug**

Die Möglichkeiten zur Bekämpfung von steuer- und zollrechtlichen Betrugereien werden deutlich ausgeweitet. Die Kontrollstelle KIAB (Kontrolle illegaler Arbeitnehmerbeschäftigung), der Kontrollen und Beweissicherungen obliegen, wird organisatorisch bei den Finanzämtern angesiedelt. Die Zollämter werden in Zukunft in ihrem Wirkungsbereich auch als Finanzstrafbehörde fungieren können.

### **Wirtschaftskammer reformiert sich weiter**

Die Wirtschaftskammer Österreich setzt ihren Reformprozess durch ein neues entsprechendes Gesetz fort, das Einsparungen von 30 Prozent und rund ein Drittel mehr Leistung bringen soll. Unter anderem sollen die 128 Fachorganisationsschienen auf künftig 80 Einheiten reduziert werden. Bei kleinen Fachverbänden sind auch Zusammenlegungen möglich.

### **Quote sorgt für geregelte Verhältnisse beim Medizinstudium**

Trotz der Blockadetaktik des Bundesrats kommt es zu keiner Verzögerung bei der Neuregelung des Zugangs zum Medizinstudium. Der Nationalrat hat einen Beharrungsbeschluss gefasst, wonach die neue Quotenregelung wie geplant ab dem Wintersemester 2006 den Ansturm ausländischer Bewerber auf die Medizin-Unis eindämmen soll. Drei Viertel der Studienplätze bleiben für Studenten mit österreichischen Maturazeugnissen reserviert. Das restliche Viertel geht an EU-Bürger (20 %) und Nicht-EU-Bürger (5 %).

### **Parlamentsführungen**

Für die Vorbereitung von **Gruppenführungen** durch das Parlament steht Euch bzw. Ihnen mein **Mitarbeiter Martin Wurglits** als Ansprechperson zur Verfügung (01/40110-4682, 0664/4546818, martin.wurglits@parlament.gv.at; wurglits@aon.at). Führungen sind an jedem Werktag und an jedem ersten Samstag im Monat möglich.

### **Presseaussendungen**

Alle Stellungnahmen meinerseits gegenüber der Presse finden sich aktuell auf der Internet-Seite der ÖVP-Bezirksorganisation Güssing ([www.oevp-burgenland.at/bb\\_guessing](http://www.oevp-burgenland.at/bb_guessing)).

Mit herzlichen Grüßen

**Franz Glaser**

Abgeordneter zum Nationalrat